



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Bayerisches Klimaschutzgesetz abschaffen – Kampf um Naturschutz, Wertschöpfung und Wohlstand

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) ersatzlos abgeschafft wird.

Damit verbunden wird die Staatsregierung aufgefordert, keine weiteren Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, die zu einer finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen führen. Statt der dogmatischen Vermeidung von CO₂ sollen zukünftig die Anpassung an Klimaveränderungen und echter Naturschutz im Mittelpunkt staatlichen Handelns stehen.

Begründung:

In allen wichtigen Industrienationen der Welt ist eine Abkehr von der bisherigen Klimapolitik erkennbar. US-Präsident Donald Trump hat bereits unmittelbar nach seiner Amtseinführung den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen erklärt. Auch innerhalb der BRICS-Staaten (Akronym der Gründungsstaaten Brasilien, Russische Föderation, Indien, China und Südafrika) spielt sogenannter Klimaschutz politisch keine Rolle mehr. In der Folge wendet sich die Weltwirtschaft zunehmend gegen teure und ineffektive Klimaschutzmaßnahmen. Globale Finanzkonzerne wie Blackrock oder JP Morgan ziehen sich aus Klimaprogrammen zurück. In Deutschland fordert mittlerweile die gesamte Industrie eine sofortige Kehrtwende in der Energiepolitik, weil die hohen Energiepreise wirtschaftlich nicht länger tragbar sind. Der Freistaat Bayern als (Noch-)Industriestandort kann es sich nicht leisten, gegen die weltweite Abkehr vom Klimafanatismus anzukämpfen. Wir sind nicht im Kampf um „jedes Zehntel Grad“, sondern um Wertschöpfung und Wohlstand. Die Auslastung der deutschen Industrie nähert sich historischen Tiefständen. Deutschland befindet sich seit zwei Jahren in einer verheerenden Rezession. Jedes zweite energieintensive Unternehmen erwägt die Abwanderung ins Ausland. Zehntausende Arbeitsplätze wurden bereits abgebaut und Hunderttausende werden folgen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter politisch geschwächt wird. Die Klimapolitik hat sich als Kostentreiber und Bremsklotz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung herausgestellt. Grünes Wirtschaftswachstum existiert – aber es hat ein negatives Vorzeichen. Das Bayerische Klimaschutzgesetz und das darin festgeschriebene Ziel der Klimaneutralität bis 2040 ist daher ersatzlos abzuschaffen. Der Antragsteller bekennt sich nachdrücklich zum Naturschutz in Bayern, wendet sich jedoch gegen unwissenschaftliche Klimaschutzmaßnahmen. Die Schonung natürlicher Ressourcen ist unabhängig von jeder CO₂-Thematik ein wichtiges Ziel, das jedoch nur mit echter Technologieoffenheit statt grüner Verbotspolitik erreicht werden kann.

